

Katja Biemer-Wilhelm

Diplom-Sozialarbeiterin (FH)

Beratung für behinderte Menschen

Wichtige Neuerungen durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG)

- Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen –



Inhalt (1)



- ☐ Hintergrund des Gesetzes
- ☐ Gliederung des Gesetzes
- ☐ Schrittweise Einführung des Gesetzes
- ☐ Wichtige Neuerungen im 1. Teil des neuen SGB IX
 - Neuer Behinderungsbegriff
 - Neuerung bei den Rehabilitationsträgern
 - Stärkung der Prävention
 - Stärkung der Teilhabe an Bildung
 - Konkretisierung der Früherkennung und Frühförderung



Inhalt (2)

- Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung
 - Verbesserte Koordinierung der Leistungen
 - Wichtige Neuerungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
 - Konkretisierung der sozialen Teilhabeleistungen
- Wichtige Neuerungen innerhalb der Eingliederungshilfe – Teil 2 des neuen SGB XI
- Nachrang der Eingliederungshilfe
 - Örtliche Zuständigkeit
 - Eingliederungshilfe für Ausländer

Inhalt (3)

- Geänderte Zugangskriterien
 - Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen
 - Konkretisierung der Regelungen zur Gesamtplanung
 - Änderungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege
- Wichtige Neuerungen im Schwerbehindertenrecht – Teil 3 des neuen SGB IX
- Mehr Mitbestimmung für Beschäftigte der WfbM
 - Frauenbeauftragte in Werkstätten

Inhalt (4)

- Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen
- Konkretisierung der Voraussetzungen für das Merkzeichen „aG“
- Einführung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen

Hintergrund des Gesetzes (1)

- ☐ Das Gesetz ist **Teil des nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention**
- ☐ Das Gesetz ist **eine von vielen politischen Maßnahmen/Programmen um den Zielen der Behindertenrechtskonvention** (Inklusion/gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen) **näher zu kommen**

Hintergrund des Gesetzes (2)



- ☐ Das Gesetzgebungsverfahren wurde begleitet von **zahlreichen Protesten** und ist nach wie vor umstritten. Es bleibt weit hinter den Erwartungen vieler Verbände und Betroffener zurück
- ☐ Viele sehen es nur als **ersten kleinen Schritt** in Richtung Inklusion und Teilhabe
- ☐ Wie stark **bis zuletzt um das Gesetz gerungen** wurde sieht man auch daran, dass der Bundestag am 01.12.16 nochmals 68 Änderungen beschlossen hat. Der Bundesrat hat das Gesetz dann am 16.12.16 so verabschiedet.



Gliederung des Gesetzes (1)



- ☐ Durch das Bundesteilhabegesetz wird **das bisherige SGB IX** (Gesetz zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) **schrittweise überarbeitet/ergänzt**
- ☐ Während das **bisherige** Mitte 2001 eingeführte SGB IX **zwei Teile hat** – Teil 1 Regelungen für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen, Teil 2 Schwerbehindertenrecht – hat **das neue SGB IX drei Teile**
- ☐ „**BTHG**“, „**neues SGB IX**“ und „**SGB IX – neu**“ sind als **deckungsgleiche Begriffe** zu verstehen



Gliederung des Gesetzes (2)



- **Teil 1:** Das für alle Rehabilitationsträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht
- **Teil 2:** Die neue aus dem SGB XII und somit aus der Sozialhilfe (Fürsorgesystem) herausgelöste und reformierte Eingliederungshilfe (EGH) Titel: „Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen“
- **Teil 3:** Das neue weiterentwickelte Schwerbehindertenrecht



Schrittweise Einführung des Gesetzes



- ☐ Die Neuerungen des **1. Teils** gelten **überwiegend seit Januar 2018**
- ☐ Der **größte Teil der Regelungen des 2. Gesetzesteils** soll **mit Beginn des Jahres 2020** eingeführt werden
- ☐ Die **überwiegende Zahl der Neuregelungen des 3. Teils** ist **seit 01.01.2017 in Kraft**



Teil 1: Neuer Behinderungsbegriff



Im § 2 Abs.1 des neuen SGB IX heißt es:

„Menschen mit Behinderungen sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder **Sinnesbeeinträchtigungen** haben, die sie in **Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren** an der **gleichberechtigten** Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können....“

Somit ist der neue Behindertenbegriff des SGB IX noch viel stärker an die ICF angelehnt als der alte.



Teil 1: Neuerung bei den Rehabilitationsträgern



- ☐ Da die Eingliederungshilfe mit dem 2. Teil des neuen SGB IX aus der Sozialhilfe „herausgelöst“ wird, sind die im 1. Teil des neuen Gesetzes bei der Auflistung der Rehabilitationsträger in § 6 Abs. 1 Nr. 7 genannten „**Träger der Eingliederungshilfe**“ **nicht mehr zwingend die „Träger der Sozialhilfe“**
- ☐ In der Praxis wird die Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe vermutlich aber meistens bei dem bisherigen Träger bleiben
- ☐ Es ist auch möglich, dass die Zuständigkeit in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt wird (§ 94 neues SGB IX)



Teil 1: Stärkung der Prävention (1)



- Um den stetig steigenden Fallzahlen und Ausgaben in der EGH entgegenzuwirken, soll die Prävention insbesondere im Bereich der Rentenversicherung (SGB VI „Reha vor Rente“) und bei den Empfängern der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II „Prävention vor (dauerhafter) Reha“ verbessert werden. Dazu wurden die Regelungen des § 3 SGB IX „Vorrang von Prävention“ erheblich ausgeweitet
- Drohende Behinderungen sollen frühzeitig erkannt und durch die Einleitung rechtzeitiger Rehabilitationsmaßnahmen vermieden werden. Bei der Früherkennung im Bereich des SGB II sollen Jobcenter künftig eine zentrale Rolle spielen



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

13

Teil 1: Stärkung der Prävention (2)



- Zur Stärkung der Prävention und zur frühzeitigen Erkennung und Vermeidung einer drohenden Behinderung fördert der Bund 5-jährige Modellprojekte in den Jobcentern und bei der Rentenversicherung Bund



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

14

Teil 1: Stärkung der Teilhabe an Bildung (1)

- ❑ Mit § 5 Nr. 4 des neuen SGB IX wurde unter den Leistungsgruppen die **Teilhabe an Bildung** als **extra Gruppe** aufgeführt.
- ❑ Diese „Bildungsleistungen“ werden dann im § 75 konkretisiert und im § 112 – innerhalb der EGH, also innerhalb des 2. Teils der ab 2020 gilt - nochmals aufgegriffen. Hiernach können **dann z. B. auch Hilfen im Zusammenhang mit einem Masterstudium erbracht werden**, was bisher nicht gesetzlich geregelt war. Hilfen zur schulischen oder hochschulischen Ausbildung können erneut erbracht werden, wenn die Behinderung dies erfordert

Teil 1: Stärkung der Teilhabe an Bildung (2)

- ❑ Notwendige Hilfsmittel – inklusive der Unterweisung im Gebrauch, der Instandhaltung und ggf. der Änderung bzw. der Ersatzbeschaffung - sind in diese Hilfen mit eingeschlossen

Die Unterstrichenen Regelungen wurden erst Ende 2016 in das Gesetz eingearbeitet

- ❑ Allerdings bleiben Bildungsleistungen, sofern sie aus der EGH gezahlt werden, teilweise bedürftigkeitsabhängig

Teil 1: Konkretisierung der Früherkennung und Frühförderung

- Bei den Leistungen der medizinischen Rehabilitation wird die **Komplexleistung Früherkennung und Frühförderung in § 46 BTHG als eigenständige Leistung definiert**, die sich nicht in der Addition der beteiligten Disziplinen erschöpft. Außerdem wird klargestellt, dass sog. „**Korridorleistungen**“, also z. B. die in- und externe Koordination, die Vor- und Nachbereitung, der fachliche Austausch und die Dokumentation **eindeutig zum Leistungskomplex dazugehören**. Die Länder müssen auf dieser Grundlage ihre Landesregelungen anpassen und spezifizieren

Teil 1: Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung

- Nach **§ 32 BTHG** soll es zusätzlich zu den Beratungsstrukturen der Leistungsträger und –erbringer eine **ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB)** geben, die vor allem den „**Grundsatz des Peer Counseling**“ (Betroffene beraten Betroffene) und den „Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe“ berücksichtigt. Hierzu sollen keine neuen Strukturen geschaffen werden, sondern es soll auf die vorhandenen Behindertenverbände und –initiativen zurückgegriffen werden. Der **Bund** hat Ende Mai 2017 eine **Förderrichtlinie** erlassen nach der Stellen, die die unabhängige Teilhabeberatung umsetzen, gefördert werden können. Seit Beginn des Jahres 2018 werden immer mehr EUTB-Stellen geschaffen und es gibt eine begleitende Fachstelle in Berlin

Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (1)

Durch die Regelungen im 4. Kapitel des 1. Teils des neuen SGB IX (§ 14 -24) wird die Zusammenarbeit der Rehaträger stringenter geregelt als bisher mit dem Ziel, dass es für die Leistungsempfänger wesentlich einfacher wird als bisher „Leistungen aus einer Hand“ zu erhalten

- Besonders neu ist dabei die Verpflichtung zur **Teilhabeplanung (§19)** wenn mehrere Leistungsgruppen (z. B. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur sozialen Teilhabe) und/oder mehrere Rehaträger beteiligt sind. **Am 01.12.16** wurde **beschlossen**, dass ein **Teilhabeplan auch immer dann** zu erstellen ist, **wenn** die o. g. Bedingungen nicht erfüllt sind, aber der **Betroffene es trotzdem wünscht**

Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

19

Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (2)

- In Abs. 2 des § 19 wird in 11 Punkten genau festgehalten, was der Teilhabeplan enthalten muss (z. B. „erreichbare und überprüfbare Teilhabeziele und deren Fortschreibung“ und „die zur individuellen Bedarfsermittlung nach § 13 eingesetzten Instrumente“)
- Außerdem kann vor der Erstellung des Teilhabeplans eine **Teilhabeplankonferenz (§ 20)** einberufen werden, daran können auch **Jobcenter beteiligt** sein (Ergänzung seit 01.12.16) **Wenn Leistungen der Pflegekasse wahrscheinlich** sind und der Betroffene zustimmt, muss ein Vertreter der Pflegekasse an der Konferenz **beratend teilnehmen (§ 22)** Auch an dieser Regelung wurde bis zuletzt gefeilt

Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (3)



- ☐ **Seit 2018** reicht es rechtlich gesehen aus **einen einzigen Antrag bei einem Rehaträger** zu stellen, **um alle benötigten Leistungen von verschiedenen Rehaträgern zu erhalten**
- ☐ Ist der erstangegangene Träger, für die gesamte beantragte Leistung zuständig, wird er innerhalb von 2 Wochen nach Antragsingang zum leistenden Rehaträger. Ist er insgesamt nicht zuständig leitet er der Antrag innerhalb von 2 Wochen, an einen 2. Rehaträger weiter, der bei Zuständigkeit zum leistenden Rehaträger wird



Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (4)



- ☐ Ist auch der 2. Rehaträger insgesamt nicht zuständig, kann er den Antrag an einen 3. Rehaträger weiterleiten. **Der 3. Rehaträger wird auch bei Nichtzuständigkeit dann automatisch zum leistenden Rehaträger und muss innerhalb von 3 Wochen über den Antrag entscheiden (Turbo-Klärung) außer es sind Gutachten erforderlich**, um die Ausgangslage zu beurteilen. Wenn der Antrag an einen 3. Rehaträger weitergeleitet wurde, beginnt die 3-Wochen-Frist bereits mit dem Antragsingang beim 2. Rehaträger
- ☐ Die **Betroffenen müssen über die jeweiligen Antragsweiterleitungen informiert werden**



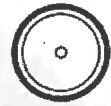
Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (5)

- ☐ **§ 7 Abs. 2** des neuen SGB IX **bestimmt**, dass die **Regelungen** der **Kapitel 2 bis 4** (Zuständigkeitsklärung, Bedarfsermittlung und Teilhabeplanverfahren) **abweichungsfest** sind. D. h. diese Regelungen gehen eventuell abweichenden Bestimmungen in den Leistungsgesetzen der jeweiligen Rehaträger immer vor

Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (6)

- ☐ Damit der leistende Rehaträger, wenn er dem Betroffenen „Leistungen aus einer Hand“ gewährt, nicht auf Leistungen „sitzen bleibt“ für die er rechtlich gar nicht zuständig ist, gibt es mit der Einführung des 1. Teils des neuen SGB IX **Erstattungsansprüche zwischen Rehabilitationsträgern (§ 16)**
- ☐ Die **gemeinsamen Servicestellen**, die nach den Regelungen des alten SGB IX (insbes. §§ 22 u. 23), dafür sorgen sollten, dass Betroffene „Leistungen aus einer Hand erhalten“ waren, was auch mehrere Studien belegen, nie wirklich erfolgreich und wurden deshalb **bis Ende 2018 abgeschafft**

Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (7)



- Zudem wird in **Kapitel 5 des 1. Teils** (§§ 25 – 27) „**Zusammenarbeit**“ das Zusammenwirken der **Rehaträger** genau **geregelt**, was ebenfalls dazu führen soll, dass es für die Betroffenen leichter wird „Leistungen aus einer Hand“ zu erhalten
- **Außerdem** wird um die Zusammenarbeit zwischen den Rehabilitationsträgern und somit die Koordinierung der Leistungen weiter zu verbessern, die **Position der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation** (BAR) mit Sitz in Frankfurt am Main **gestärkt**. Ihre Aufgaben sind im BTHG gesetzlich festgeschrieben (**§ 39**)



Teil 1: Verbesserte Koordinierung der Leistungen (8)



So hat die BAR z. B. die Aufgabe auf der Grundlage einer umfangreichen Datenerhebung (Teilhabestatistik), die Zusammenarbeit der Rehaträger auszuwerten und stetig weiterzuentwickeln



Teil 1: Wichtige Neuerungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (1)

- **Hauptziel** aller nun folgenden Neuerungen ist es, die **Zahl der beschäftigten Menschen mit Behinderung** auf dem **1. Arbeitsmarkt zu erhöhen**
- Das Konzept der **Unterstützten Beschäftigung** wurde **mit** seinen **wichtigsten Kernelementen in das BTHG (§ 55) aufgenommen. Allerdings** hat der Gesetzgeber eine **zeitliche Begrenzung** der Unterstützung im Gesetzestext formuliert – 2 Jahre mit der Möglichkeit einer einjährigen Verlängerung - die das Konzept der Unterstützten Beschäftigung vom Grundsatz her eigentlich nicht vorsieht



Teil 1: Wichtige Neuerungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (2)

- Behinderte Menschen, die Anspruch auf einen Platz in einer WfbM haben, sollen nun auch die Möglichkeit haben bei **anderen Leistungsanbietern** beschäftigt zu werden (**§ 60 BTHG**). Andere Leistungsanbieter sind keine Arbeitgeber im klassischen Sinn. Sie haben in bestimmten Bereichen weniger Auflagen/Vorschriften als eine WfbM (z. B. bezüglich der vorzuhaltenden Räumlichkeiten oder der vorzuhaltenden Platzzahl). Dadurch sollen die **Wahlmöglichkeiten von WfbM-Beschäftigten erweitert** werden
- Auch hier soll es **ab einer bestimmten Anzahl Wahlberechtigter** ein **werkstattratähnliches Gremium** und eine **Frauenbeauftragte** geben (Ergänzungen seit 01.12.16)



Teil 1: Wichtige Neuerungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (3)

- ☐ **Behinderte Menschen**, die **Anspruch** auf **Leistungen im Arbeits-/Produktionsbereich** einer **WfbM** haben, können **nun auch** ein **Budget für Arbeit (§ 61 BTHG)** erhalten, **wenn** sie eine „normale“ **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen**. Das **Budget für Arbeit beinhaltet** einen **Lohnkostenzuschuss** an den Arbeitgeber **als Ausgleich für die Minderleistung** des behinderten Menschen und die **Kosten für notwendige Assistenzleistungen**, die der behinderte Mensch im Zusammenhang mit der Beschäftigung benötigt

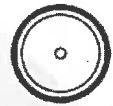


Teil 1: Wichtige Neuerungen bei den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (4)

- ☐ **Integrationsprojekte werden außerhalb der Regelungen des BTHG**, z. B. durch das Programm „Alle im Betrieb“, das von 2016 bis 2019 läuft, **gefördert** und somit gestärkt
- ☐ Integrationsprojekte heißen im neuen SGB IX jetzt **Inklusionsbetriebe** (Teil 3, Kapitel 11, §§ 215 – 218)
- ☐ Integrationsämter und Integrationsfachdienste heißen weiterhin wie bisher



Teil 1: Konkretisierung der sozialen Teilhabeleistungen (1)



- ☐ In den §§ 76 bis 84 des neuen SGB IX werden die **Leistungen zur sozialen Teilhabe konkretisiert**. So werden hier beispielsweise in **§ 78 Assistenzleistungen** gesondert aufgeführt und erläutert. Auch die extra Nennung von **Leistungen zur Mobilität** in § 83 (z. B. Beförderung durch einen Behindertenfahrdienst) ist **neu**.
- ☐ **Trotz der Konkretisierung** der Leistungen handelt es sich bei der Aufzählung/Nennung um **keinen abschließenden Katalog**.
- ☐ Eine **Ausweitung der Leistungen** zur sozialen Teilhabe soll mit der Konkretisierung vom Gesetzeswillen her **grundsätzlich nicht verbunden sein**.



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

31

Teil 1: Konkretisierung der sozialen Teilhabeleistungen (2)



- ☐ Bei den **Assistenzleistungen** werden nun beispielsweise in § 78 Abs. 3 die **Leistungen an behinderte Mütter und Väter** bei der Versorgung und Betreuung ihrer Kinder konkret benannt. Bisher wurde dies nur im Wunsch- und Wahlrechtparagraphen (bisher § 9, jetzt § 8 SGB IX) relativ allgemein erwähnt, so dass hieraus kein Leistungsanspruch abzuleiten war. Im neuen § 8 steht es wie bisher zusätzlich weiterhin. **Außerdem** werden nun **angemessene Hilfen bei der Ausübung eines Ehrenamtes** (vorrangig erbracht durch Familie, Freude und Nachbarn) ausdrücklich erwähnt (§ 78 Abs. 5), was aber von vielen als Verschlechterung im Vergleich zu bisher empfunden wird



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

32

Teil 2: Nachrang der Eingliederungshilfe

- ☐ Trotz der Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem bleibt der **Nachrang** (Subsidiarität) **erhalten** (§ 91 BTHG)
- ☐ **Bis zu den Änderungen im Dezember 2016** gab es allerdings **Ausnahmen vom Nachrang** der Eingliederungshilfe, so dass in bestimmten Fällen, Leistungen der EGH Vorrang hatten vor Pflegeversicherungsleistungen und Leistungen der Hilfe zur Pflege. **Diese Regelung wurde wieder fallengelassen**



Teil 2: Örtliche Zuständigkeit



- ☐ Nach langem Hin und Her wurde in § 98 Abs. 1 Satz 1 des neuen SGB IX das bisherige **Herkunftsprinzip**
 - „...örtlich zuständig ist der Träger, in dessen Bereich der Leistungsberechtigte zum Zeitpunkt der ersten Antragstellung ... seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder in den 2 Monaten davor gehabt hat...” –

für die Eingliederungshilfe erhalten



Teil 2: Eingliederungshilfe für Ausländer

- ☐ Ausländer aus nicht EU-Staaten, ohne gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten Leistungen der EGH nur als Ermessensleistung (§ 100 Abs. 1 BTHG)
- ☐ Asylsuchende sind vom Bezug von EGH Leistungen komplett ausgeschlossen (§ 100 Abs. 2 BTHG)
- ☐ Diese Regelungen stoßen auf heftige Kritik



Teil 2: Geänderte Zugangskriterien



- ☐ Bei den **Zugangskriterien zur EGH** (Leistungsberechtigter Personenkreis, § 99) wurden zunächst die Bereiche der **Klassifikation der Aktivitäten und Teilhabe der ICF** (s. dazu nächste Folie) in das BTHG übernommen
- ☐ **5 der 9 Teilhabebereiche hätten demnach nur mit personeller oder technischer Hilfe möglich sein, oder 3 Teilhabebereiche auch mit personeller oder technischer Hilfe nicht möglich sein müssen**, damit Personen eine Berechtigung auf Leistungen der EGH gehabt hätten
- ☐ **Wer die Zugangskriterien nicht komplett erfüllt hätte, hätte im Einzelfall** (Ermessensentscheidung) trotzdem **Leistungen erhalten** können



Teil 2: Geänderte Zugangskriterien

Quelle: Kurzfassung der ICF von Dr. Michael F. Schuntermann, Berlin; 2006)



Klassifikation der Aktivitäten und Teilhabe (Kapitel der ICF)

1. Lernen und Wissensanwendung (z.B. bewusste sinnliche Wahrnehmungen, elementares Lernen, Wissensanwendung)
2. Allgemeine Aufgaben und Anforderungen (z.B. Aufgaben übernehmen, die tägliche Routine durchführen, mit Stress und anderen psychischen Anforderungen umgehen)
3. Kommunikation (z.B. Kommunizieren als Empfänger, Kommunizieren als Sender, Konversation und Gebrauch von Kommunikationsgeräten und -techniken)
4. Mobilität (z.B. die Körperposition ändern und aufrecht erhalten, Gegenstände tragen, bewegen und handhaben, gehen und sich fortbewegen, sich mit Transportmitteln fortbewegen)
5. Selbstversorgung (z.B. sich waschen, pflegen, an- und auskleiden, die Toilette benutzen, essen, trinken, auf seine Gesundheit achten)
6. Häusliches Leben (z.B. Beschaffung von Lebensnotwendigkeiten, Haushaltsaufgaben, Haushaltsgegenstände pflegen und anderen helfen)
7. Interpersonelle Interaktionen und Beziehungen (z.B. allgemeine interpersonelle Interaktionen, besondere interpersonelle Beziehungen)
8. Bedeutende Lebensbereiche (z.B. Erziehung/Bildung, Arbeit und Beschäftigung, wirtschaftliches Leben)
9. Gemeinschafts-, soziales und staatsbürgerliches Leben (z.B. Gemeinschaftsleben, Erholung und Freizeit, Religion und Spiritualität)

Teil 2: Geänderte Zugangskriterien



- ☐ Diese Regelung war bis zuletzt heftig umstritten es wurde befürchtet, dass der Kreis der Leistungsberechtigten, dadurch erheblich eingeschränkt wird und z. B. sinnesbehinderte Menschen ganz rausfallen
- ☐ Nun werden die **Zugangskriterien erneut überprüft und evaluiert und erst 2023 eingeführt**



Teil 2: Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen (1)

- ☐ Die **Leistungen der EGH** richten sich nach der **Besonderheit des Einzelfalls** (§ 104) und nicht mehr nach der Wohnform. Somit wird der **Grundsatz „ambulant vor stationär“ aufgehoben**
- ☐ Die Leistungen richten sich **insbesondere nach der Art des Bedarfs**, den **persönlichen Verhältnissen**, dem **Sozialraum und den persönlichen Mitteln und Kräften**. Dabei ist auch die Wohnform zu würdigen. **Angemessenen Wünschen** – wichtiges Kriterium für die Angemessenheit sind eventuelle **Mehrkosten** – des Leistungsberechtigten **ist Rechnung zu tragen**. **Außerdem ist** bei Leistungen, die von den Wünschen abweichen, die **Zumutbarkeit der Leistung zu prüfen** (§ 104 Abs. 3) (Unterstrichener Teil im Dez. 2016 eingearbeitet)

Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

39

Teil 2: Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen (2)

- ☐ **Manche Leistungen der EGH** z. B. Leistungen im Rahmen der Beförderung/Mobilität **können** nach § 116 BTHG **mit Zustimmung** der Leistungsberechtigten **gemeinsam in Anspruch genommen werden** (= Poolen von Leistungen) **wenn dies** nach § 104 BTHG **zumutbar** ist
- ☐ Durch **erweiternde Regelungen innerhalb des § 104** wurde am 01.12.16 beschlossen, dass **Wohnen außerhalb von besonderen Wohnformen** der **Vorzug** zu geben ist, wenn dies vom Betroffenen gewünscht wird. **Assistenzleistungen**, die im Zusammenhang mit der Gestaltung sozialer Beziehungen und der persönlichen Lebensplanung stehen, dürfen beim Wohnen außerhalb besonderer Wohnformen auch **nur dann gemeinsam** erbracht werden **wenn der Betroffene zustimmt**

Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

40

Teil 2: Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen (3)

- **Erwachsene** behinderte Menschen – bei Minderjährigen bleibt alles wie bisher - **die EGH beziehen, bekommen künftig existenzsichernde Leistungen genauso auf ein Konto**, wie jeder andere Mensch der derartige Leistungen bezieht auch. Die **Sonderregelungen für den Lebensunterhalt in Einrichtungen der EGH werden aufgehoben**. Somit haben sie **relativ viel Verfügungs- und Entscheidungsfreiheit** und werden dadurch **nichtbehinderten Menschen gleichgestellt**



Teil 2: Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen (4)

- Allerdings wird **bei Menschen, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung u. gleichzeitig EGH beziehen und innerhalb einer besonderen Wohnform leben** – so heißen die stationären Einrichtungen ab 2020 - **dann im Rahmen des Gesamtplanverfahrens darüber beraten und im Gesamtplan festgeschrieben, wie hoch der Anteil der Regelbedarfsstufe ist, der dem jeweiligen Betroffenen** als Barmittel (Bargeld oder Bankguthaben) **ausbezahlt wird** (Diese Regelung wurde erst Ende 2016 in das Gesetz eingearbeitet)



Teil 2: Auswirkungen der personenzentrierten Ausrichtung der Leistungen (5)

- ☐ Wenn die **behinderten Menschen** bei der Wahrnehmung der neuen Verfügungs- und Entscheidungsfreiheit (z. B. Beschaffung von Lebensmitteln, oder Zubereitung von Mahlzeiten) **Unterstützung brauchen**, bekommt dafür der jeweilige ausgewählte **Dienstleister** im Rahmen der EGH für einen gewissen Zeitraum, der von Fall zu Fall unterschiedlich sein kann, für den jeweiligen Leistungsberechtigten **zusätzliche Fachleistungsstunden**. Die Anzahl der Stunden kann ebenfalls von Fall zu Fall differieren
- ☐ Die beschriebene Trennung zwischen EGH-Leistungen und existenzsichernden Leistungen, die ab 2020 greift, stellt eine **einschneidende Systemumstellung** dar und wird deshalb **zunächst erprobt**



Teil 2: Konkretisierung der Regelungen zur Gesamtplanung (1)

- ☐ In Kapitel 7 des neuen Eingliederungshilferechts (§§ 117 – 122) werden die bisherigen **Regelungen zum Gesamtplan** (s. § 58 SGB XII) **erheblich ausgeweitet und spezifiziert**, um die Bedarfe im Sinne der personenzentrierten Leistungen genau erfassen, kontrollieren und fortschreiben bzw. anpassen zu können
- ☐ Die **Ausführungen zur Gesamtplanung**, die explizit für die EGH gelten, sind **als Ergänzung und weitere Konkretisierung zu** den Regelungen der **Teilhabeplanung** im 1. Teil des Gesetzes **zu verstehen**



Teil 2: Konkretisierung der Regelungen zur Gesamtplanung (2)

- ☐ Während eine **Teilhabeplanung** nur zu erstellen ist, **wenn mehrere Leistungsgruppen** beteiligt sind oder wenn der Betroffene dies wünscht (s. o.), ist ein **Gesamtplan für jede leistungsberechtigte Person** zu erstellen. Außerdem hat seit den Änderungen im Dezember 2016 der **Träger der EGH** dem **Leistungsberechtigten** den **Gesamtplan zur Verfügung zu stellen**
- ☐ Die **überwiegende Anzahl der Vorschriften** zur **Gesamtplanung** gelten **bereits ab dem 01.01.2018**. Allerdings sind **für die Jahre 2018 und 2019 Übergangsregelungen** in die **Paragraphen des SGB XII** eingearbeitet worden. **Die auf Folie 44 genannten Paragraphen gelten erst ab 2020**



Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (1)

Regelungen ab 01. Januar 2020 in der EGH:

- ☐ Das **Einkommen und Vermögen des Partners** bleibt **anrechnungsfrei**
- ☐ Der **Begriff des Einkommens** bezieht sich künftig auf das **Einkommensteuergesetz (§ 135 BTHG)**
- ☐ Leistungsberechtigte haben **künftig** einen **Beitrag zu leisten, wenn ihr Einkommen gewisse Grenzen überschreitet**
- ☐ **Maßgeblich für die Berechnung** der Beitragsgrenze **ist die Bezugsgröße nach § 18 SGB IV** (Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung) (§ 136 BTHG)



Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (2)

- ☐ **Übersteigt** das Einkommen des Leistungsberechtigten die **Beitragsgrenze**, so hat er einen **monatlichen Beitrag** in Höhe **von 2 %** des **übersteigenden Einkommens** – gerundet auf volle 10 Euro – zu **leisten** (§137 BTHG)
- ☐ Das **einzusetzende Vermögen orientiert sich** grundsätzlich **weiterhin an** den Regelungen des **§ 90 SGB XII**
- ☐ Allerdings wird der **Wert des Barvermögens das nicht verwertet werden darf, deutlich angehoben** auf einen Betrag von bis zu 150 % der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 SGB IV (2019 Westdeutschland: 56070 €)

Zusatzregelung:

- ☐ Für **Menschen, die z. B. Hilfe zum Lebensunterhalt od. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, beziehen beträgt** das **Barvermögen**, das nicht angerechnet werden darf **seit April 2017 5000 Euro**.

Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (3)

Übergangsregelungen von Anfang Januar bzw. April 2017 bis Ende Dezember 2019:

- ☐ **40 %** des **Einkommens aus selbständiger oder nichtselbständiger Tätigkeit, maximal** jedoch **65 %** der **Regelbedarfsstufe 1** (ab. Jan. 2019 also 275,60 €) **werden nicht** als Einkommen **angerechnet** Für Bezieher von Hilfe zur Pflege soll diese Regelung dauerhaft gelten
- ☐ Der **Barvermögensfreibetrag** wird um 25.000 Euro **auf 30.000 Euro** angehoben **Für Bezieher von Hilfe zur Pflege soll diese Regelung dauerhaft gelten**

Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (4)

Hier gilt die **erhöhte Vermögensfreigrenze allerdings nur dann, wenn** das **Vermögen während des Leistungsbezuges angespart wird und überwiegend aus Einkommen stammt, das durch selbständige oder nicht selbständige Tätigkeit erworben wurde**

- Bei **gleichzeitigem Bezug von EGH und Hilfe zur Pflege** gelten die **ab 2020** für die Betroffenen **vorteilhafteren Regeln der EGH, wenn die Behinderung bereits vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze eingetreten war. In diesem Fall bleibt es auch nach Erreichen des Rentenalters bei den vorteilhafteren Regeln**

Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (5)

- Bei **Eintritt der Behinderung nach Erreichung des Rentenalters stehen EGH und Hilfe zur Pflege dagegen weiterhin nebeneinander (§ 103 BTHG)**
- Auch **um die oben dargestellte Fassung des § 103 wurde bis zuletzt gerungen.** In der vorherigen Fassung des § 103 waren Menschen, die in einer Einrichtung leben bei gleichzeitigem Bezug von EGH und Hilfe zur Pflege besser gestellt, als die meisten Menschen, die außerhalb einer Einrichtung leben und gleichzeitig EGH und Hilfe zur Pflege beziehen. Das von vielen als gerechter empfundene Kriterium der Erreichung der Regelaltersgrenze wurde erst im Dezember 2016 aufgenommen

Teil 2: Änderung bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen in der EGH und der Hilfe zur Pflege (5)

- ☐ Das **Arbeitsförderungsgeld**, das Beschäftigte erhalten, die im Arbeitsbereich einer Werkstatt oder bei anderen Leistungsanbietern tätig sind, wurde in letzter Sekunde **von monatlich 26 auf monatlich 52 Euro erhöht** und wird **gezahlt solange** das **monatliche Gesamteinkommen** eines Werkstattbeschäftigten **351 Euro nicht übersteigt** (vorher 325 Euro) Dies ist im 1. Teil des BTHG geregelt (§ 59) und gilt seit 2017
- ☐ Vom „**restlichen Arbeitsentgelt**“ bleiben **1/8 der Regelbedarfsstufe 1 (2019 53,00 €) + 50 % des diesen Betrag übersteigenden Entgelts (vor BTHG 25 %)** **anrechnungsfrei**. Auf diese Weise sollen auch Werkstattbeschäftigte, die unter den behinderten Menschen einen nicht unerheblichen Anteil ausmachen, mehr von ihrem Verdienst haben

Teil 3: Mehr Mitbestimmung für Beschäftigte der WfbM

- ☐ Durch die **Weiterentwicklung der 2001** zusammen mit der alten Fassung des SGB IX in Kraft getretenen **Werkstätten-Mitwirkungsverordnung erhalten die Werkstatträte** als gewählte Vertretung der Werkstattbeschäftigten **mehr Mitbestimmungsrechte** bei den Themen Arbeitszeit, Arbeitsentgelt, technische Einrichtungen der Werkstatt, Weiterbildung, soziale Aktivitäten
- ☐ Auch die **Freistellung für Schulungs- und Bildungsmaßnahmen** für Werkstatträte wurde durch das BTHG **verbessert**

Teil 3: Frauenbeauftragte in Werkstätten (1)

- ☐ Seit dem Jahr 2017 gibt es **in Werkstätten** für behinderte Menschen **Frauenbeauftragte** (§ 222)
- ☐ Frauenbeauftragte haben die **Aufgabe behinderte Frauen gegenüber der Werkstattleitung zu vertreten**. Dabei sind insbesondere folgende Bereiche relevant:
 - **Schutz vor** körperlicher, sexueller und psychischer **Belästigung oder Gewalt**
 - **Gleichstellung** von Frauen und Männern
 - **Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung**
- ☐ **Ab 200 wahlberechtigten** Frauen ist die **Frauenbeauftragte** zur Ausübung ihrer Tätigkeit **vollständig von der Arbeit freigestellt**, sonst nach Bedarf

Teil 3: Frauenbeauftragte in Werkstätten (2)

- ☐ **Ab 700 wahlberechtigten** Frauen ist **auch** die **Stellvertretung** vollständig **von der Arbeit freigestellt**. Frauenbeauftragte haben einen **Anspruch auf 15 Tage Fortbildung pro Amtszeit** (4 Jahre), **bei Erstausübung** des Amts auf **20 Tage**

Teil 3: Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen



- ☐ Schwerbehindertenvertretungen haben **seit 2017 schon ab 100 schwerbehinderten Menschen** im Betrieb ein **Recht auf Freistellung von der Arbeit** nicht erst ab 200
- ☐ Eine Schwerbehindertenvertretung hat nun das **Recht auf eine Bürokraft** in erforderlichem Umfang
- ☐ Die **Regelungen für die Stellvertretung von Schwerbehindertenvertretern wurden verbessert**. So haben sie z. B. einen **verbesserten Fortbildungsanspruch**
- ☐ Die **Kündigung eines schwerbehinderten Menschen ist unwirksam, wenn die Schwerbehindertenvertretung nicht miteinbezogen** wird (Diese Regelung wurde erst am 01.12.16 beschlossen)



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

55

Teil 3: Konkretisierung der Voraussetzungen für das Merkzeichen „aG“ (1)



- ☐ **Bisher** hatte **nur ein sehr eingeschränkter Personenkreis** das **Recht auf einen Rollstuhlparkplatz zu parken**. Voraussetzung hierfür ist das Merkzeichen „aG“ (außergewöhnlich gehbehindert), das auf dem Schwerbehindertenausweis eingetragen sein muss und dann im 2. Schritt zur Führung eines blauen Parkausweises, und somit zum Parken auf einem Rollstuhlparkplatz berechtigt.



Behindernde Umwelt, K. Biemer-
Wilhelm, RWU RV-Wgt., WS
2019/20

56

Teil 3: Konkretisierung der Voraussetzungen für das Merkzeichen „aG“ (29)

- ☐ **Bisher bekamen vor allem Personen mit schwerwiegenden Beeinträchtigungen am Bewegungsapparat, die sich außerhalb eines Kfz nur sehr schwer fortbewegen können und ständig auf fremde Hilfe angewiesen sind, das Merkzeichen „aG“. Seit 2017 können auch andere Personen, z. B. mit schweren Herzerkrankungen, schweren neurologischen Erkrankungen oder mit schwerer Beeinträchtigung der Lungenfunktion dieses Merkzeichen bekommen. Die sehr schwere Fortbewegung außerhalb des Kfz und die ständige fremde Hilfe bleibt aber weiter Voraussetzung**



Teil 3: Einführung eines Merkzeichens für taubblinde Menschen

- ☐ **Hat ein behinderter Mensch eine Hörschädigung von mindestens 70 % und eine Beeinträchtigung des Sehvermögens von 100 % erhält er seit 2017 das Merkzeichen „TBl“ im Schwerbehindertenausweis**
- ☐ **Dieses Merkzeichen führt nicht zu einem bundesrechtlich geregelten Nachteilsausgleich. Nach den Regelungen der Länder soll es zu einer Berechtigung der Befreiung vom Rundfunkbeitrag führen**
- ☐ **Die Merkzeichen „Gl“ für gehörlos und „Bl“ für blind bleiben mit den dazugehörigen Nachteilsausgleichen weiter erhalten**



Quellenangaben (1)

Anmerkung: die Angabe der Quellen ist absichtlich zeitchronologisch geordnet – auch wenn dies sozialwissenschaftlich nicht korrekt ist – um das Ringen um das BTHG bis zur letzten Sekunde auch hier nochmals darzustellen

- ☐ **Referentenentwurf** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 26.04.16**
- ☐ **Stellungnahme des Forums behinderter Juristinnen und Juristen (FbJJ) zum Referentenentwurf** eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 17.05.16**
- ☐ **Gesetzentwurf der Bundesregierung** – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 22.06.16**



Quellenangaben (2)



- ☐ **Papier des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**, Titel: Häufige Fragen zum Bundesteilhabegesetz (BTHG **vom 04.07.16 und vom 01.01.18**)
- ☐ **Skript eines Vortrages der parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller (MdB)** im Rahmen einer **Fachtagung des Landschaftsverbandes Rheinland** am **25.08.16**, Titel: Das Bundesteilhabegesetz Weiterentwicklung des Teilhaberechts - Reform der Eingliederungshilfe
- ☐ **Gesetzentwurf der Bundesregierung** – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 05.09.16** (Bundestags-Drucksache 18/9522)



Quellenangaben (3)

- ❑ **Stellungnahme der Fachverbände zum Entwurf der Bundesregierung** für ein Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 12.09.16**
- ❑ **Stellungnahme des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zum Gesetzentwurf der Bundesregierung** eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) **vom 27.09.16**
- ❑ **Wortprotokoll der 92. Sitzung** des **Ausschusses für Arbeit und Soziales** in Berlin am **07.11.16** (Protokoll-Nr. 18/92), Einziger Tagesordnungspunkt Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) vom 05.09.16 (Bundestags-Drucksache 18/9522)

Quellenangaben (4)

- ❑ **Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD** zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) (Bundestags-Drucksache 18/9522) **vom 29.11.16** (Ausschussdrucksache 18(11)857)
- ❑ **Papier der Bundesvereinigung Lebenshilfe**, Titel: Bundesteilhabegesetz und Co. – was verändert sich? Übersicht der wichtigsten Neuerungen, die bisherige gesetzliche Bestimmungen ablösen, **letzte Aktualisierung 12.01.17**
- ❑ **BTHG – Das stationäre Wohnen 2020** Skript Kurt Ditschler, Dozent für Arbeits – und Sozialrecht **Stand Dez. 2017**

Hinweise:



- ☐ Für Fehler wird keine Haftung übernommen.
- ☐ Die Vervielfältigung und Verwendung dieses Skriptes durch Dritte ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Autorin erlaubt.

